

# AUS DER GESCHICHTE DER TSCHECHISCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG



---

Die Reihe Zeitgeschichte und Politik wird herausgegeben von  
Marcus Strohmeier im Auftrag des Verbandes österreichischer  
gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) und in Zusammenarbeit  
mit dem Archiv der sozialen Bewegungen.



Diese Broschüre erscheint im Rahmen des österreichisch-tschechischen  
Gewerkschaftsprojekts „Zukunftsraum Wien – Niederösterreich – Südmähren“.  
[www.zuwins.at](http://www.zuwins.at)

---

## IMPRESSUM

Text: Dr. Jiří Pokorný  
Fotos: Medienarchiv des ÖGB, Pressearchiv des ÖGB, Archiv des ČMKOS  
Gestaltung: Katharina Bruckner  
Wien 2011, 1. Auflage



## INHALT

4	Vorwort
5	Die Anfänge
7	Gewerkschaften im Kommunismus
11	Die samtene Revolution
16	Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft
22	Gewerkschaftspluralismus
24	Stabilisierung der Gewerkschaften Mitte der 1990er Jahre
28	Problemfeld Gewerkschaftsvermögen
29	Regionalpolitik
30	ČMKOS und sozialdemokratische Regierungen
32	Erfolge und aktuelle Probleme



## VORWORT

Nicht erst seit den politischen Umbrüchen in der Tschechoslowakei des Jahres 1989 sind die Beziehungen zwischen den tschechischen und österreichischen Gewerkschaften sehr eng.

Nach Jahrhunderten der Unterdrückung im Habsburger-Reich war das 1870 erlassene „Koalitions-gesetz“ die Geburtsstunde für die legale tschechische und österreichische Arbeiterbewegung. Damit konnten sich die zuvor illegal agierenden Gewerkschaftsgruppen in den Betrieben offen betätigen. 1893 schlossen sich dann die Gewerkschaften in der österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie in einen ersten Dachverband, der „Reichskommission der Freien Gewerkschaften“, zusammen.

Nationale Überlegungen führten allerdings kurz danach zu einer Spaltung dieses neuen Gewerkschaftsbundes. Obwohl die tschechischen Gewerkschaften von diesem Zeitpunkt an organisatorisch getrennt waren, blieben sie dennoch stets mit der österreichischen Bewegung eng verbunden. Auch nach dem Ende der Monarchie und der Gründung eigener Republiken gestaltete sich die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften in Österreich und der

damaligen Tschechoslowakei, vor allem dank der deutschsprachigen Minderheit im Land, sehr intensiv.

Trotz des vom Österreichischen Gewerkschaftsbund stets kritisierten Missbrauchs der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei (ab 1948) durch die herrschende kommunistische Partei, brach der Kontakt über die Grenze nie völlig ab. Dennoch ermöglichte erst der Sieg der „samtenen Revolution“ im Herbst 1989 eine auf neuen Inhalten aufbauende Kooperation zwischen dem ÖGB und den nunmehr demokratischen Gewerkschaften des Nachbarlandes.

Heute sind gemeinsame Aktivitäten, Konsultationen, regelmäßige Fachtreffen und Seminare zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Durch den Beitritt beider Staaten zur EU haben sich die Gewerkschaftskontakte seither noch intensiviert.

Diese von Dr. Jiří Pokorný verfasste Broschüre ist somit ein wertvoller Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis und gibt in prägnanter Form Auskunft über die bewegte Vergangenheit der mit uns eng verbundenen tschechischen Gewerkschaftsbewegung.

Marcus Strohmeier,  
ÖGB-Bildungsreferat



## Die Anfänge

Die Gewerkschaften sind seit mehr als 100 Jahren ein ständiger und nicht wegzudenkender Begleiter der Geschichte des tschechischen Volkes. Als Geburtsdatum der Gewerkschaftsbewegung gilt der 7. April 1870, jener Tag, an dem das österreichische Parlament das Gesetz über die Koalitionsfreiheit verabschiedet hatte. Dieses Gesetz machte es möglich, dass Arbeitnehmer sich zusammenschließen durften, um für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einzutreten. Die bisherigen Arbeitervereine, die hauptsächlich unterstützend tätig waren, transformierten sich allmählich in Gewerkschaftsorganisationen, welche nunmehr auf einer legalen Basis die Interessen ihrer Mitglieder und anderer Beschäftigten verteidigten. Die Gewerkschaften begannen erst Anfang der 1890er Jahre sich in einem größeren Ausmaß zu konstituieren. Anders als in Westeuropa formierten sie sich auf nationaler Basis und in Abhängigkeit von politischen Parteien. Durch die Integration einzelner Vereine entstanden auch Verbände und Zentralen: 1897 die größte sozialdemokratisch orientierte Tschecho-slawische Gewerkschaftsvereinigung, seit 1918 dann tschecho-slowakische (Odborové sdružení

československé, OSČ), fünf Jahre später die national-soziale Tschechische (später Tschechoslowakische) Arbeitergemeinde (Československá obec dělnická, ČOD) und schließlich die Zentrale der christlich-sozialen Arbeiterschaft.

Hatte der österreichische Staat einen sehr zögerlichen Zugang zu den Gewerkschaftsorganisationen gehabt, so ermöglichte die neue Tschechoslowakische Republik, zu deren Gründung die Gewerkschaften maßgeblich beigetragen hatten, in alle Bereiche der sozialen Fürsorge und des Schutzes der Arbeiter einzugreifen. Eine Erhöhung des Einflusses der Gewerkschaften und eine Stärkung ihrer Position brachte Mitte der 1920er Jahre das Gent-System mit sich, welches die Verantwortung für die Auszahlung der Arbeitslosengelder auf die Gewerkschaftsorganisation übertrug. Neben den bisherigen Zentralen setzten sich insbesondere die landwirtschaftlichen und kommunistischen (roten) Gewerkschaften immer stärker durch; ein Teil der Gewerkschaftsorganisationen trat politisch neutral auf. Infolge der politischen, nationalen oder anders motivierten Zersplitterung wirkten die Gewerkschaften nicht als eine einheitliche Kraft, obwohl es den größten



*Demonstration des Verbandes der Finanzbeamten (1929)*

Gewerkschaftszentralen, hauptsächlich der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung und der Tschechoslowakischen Arbeitergemeinde immer öfter gelang, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu einigen. Im Rahmen der sozialdemokratischen und christlichen Zentrale kam es zu einer Vereinigung der tschechischen und deutschen Gewerkschafter, die dann gemeinsam für die Demokratie und Unabhängigkeit der Tschechoslowakischen Republik kämpften. Die Auflösung der Ersten Republik im September 1938 traf auch die Gewerkschaftsbewegung schicksalsschwer und beendete für sehr lange Zeit die gewerkschaftliche Pluralität. Mit Hilfe des Innenministeriums wurden zwei neue Organisationen gegründet – die Nationale Gewerkschaftszentrale der Arbeitnehmer (Národní odborová ústředna zaměstnanecká, NOÚZ) und die viel kleinere Zentrale der öffentlichen An-

gestellten (Ústředí veřejných zaměstnanců, ÚVZ), die allmählich alle Gewerkschaftsvereine, Verbände und Zentralen vereinnahmte. Die deutschen Besetzer wollten, dass sich die Nationale Gewerkschaftszentrale für Arbeiter an der Kontrolle der Arbeiterschaft beteiligte und deren Arbeitseinsatz stimulierte. Die Nationale Gewerkschaftszentrale für Arbeiter beteiligte sich dagegen am antideutschen Widerstand.

Am Ende des Krieges gab es in der Nationalen Gewerkschaftszentrale für Arbeiter eine Gruppe von Funktionären, die sich auf eine Wende der Gesellschaftsverhältnisse vorbereitet hatte. Ihnen gelang es schließlich, aus der Nationalen Gewerkschaftszentrale für Arbeiter ein Fundament für eine neue, vereinigte Gewerkschaftsorganisation zu bilden – die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (Revoluční odborové hnutí, ROH), an deren Spitze der Kommunist Antonín Zápotocký stand.



*Streik in der Auto, Motor- und Fahrradfabrik Walter (1932)*



Feierliche Tagung des Verbandes der weiblichen Hausangestellten aus Anlass des 30. Jahrestages der Gründung (1935)

## Gewerkschaften im Kommunismus

Die ROH gewann große Kompetenzen und dadurch einen immensen informellen Einfluss unter den Arbeitern, womit sie sich ihre große Macht sicherte. Diese Macht nutzte sie, obwohl die Organisation überparteilich sein sollte, zugunsten der Kommunistischen Partei. Die ROH war an der Machtübernahme durch die Kommunisten im Februar 1948 maßgeblich beteiligt. Seitdem handelte sie ausschließlich nach dem Willen und auf Anweisungen der KP. Lediglich in den Jahren 1968-69 befreite sie sich aus der Abhängigkeit der Partei, schloss

sich dem Erneuerungsprozess an und begab sich auf die Suche nicht nur nach neuen Arbeitsmethoden, sondern auch nach einer neuen Identität. Sie versuchte das Vertrauen ihrer Mitglieder wieder zu erlangen. Eine Begleiterscheinung dieses Prozesses war die Gründung zahlreicher neuer Verbände. Neue Menschen an der Spitze dieser Verbände und vieler weiterer Organe bemühten sich, jene nicht zu enttäuschen, die sie in diese Funktionen entsandt hatten, um das demokratische Erbe des Frühlings 1968, wie z.B. die Verteidigung des Streikrechts, weiterzutragen.



Nichtsdestotrotz wurden schließlich auch die Gewerkschaften Opfer der sogenannten Normalisierung. Neben umfassenden



**Antonín Hampl**, (1875 -1942), tschechischer/ tschechoslowakischer Gewerkschaftsfunktionär und sozialdemokratischer Politiker.

Von Jugend an war Hampl in der sozialdemokratischen Bewegung und der Gewerkschaft aktiv. 1910 wurde er zum Sekretär des Verbandes der tschechischen Metallarbeiter (dem späteren Tschechoslowakischen Metallarbeiterverband) in Österreich, 1929 zu dessen Vorsitzendem gewählt. Politisch war Hampl Abgeordneter des Parlaments (1918-1939) und von 1919-1920 auch Minister für öffentliche Angelegenheiten. Seit Mitte der 1920er Jahre führte er praktisch auch die Sozialdemokratische Partei der Tschechoslowakei. 1924 wurde er auch offiziell zum Vorsitzenden der Sozialdemokratie gewählt. Zu seinen großen Verdiensten zählte die Konsolidierung seiner Partei, die seit den 1920iger Jahren in einer tiefen Krise war. Auch die Zusammenarbeit mit anderen politischen Lagern wurde Hampl hoch angerechnet. Sein intensives sozialpolitisches Engagement gipfelte schließlich 1926 in der Ernennung zum Direktor der neu gegründeten zentralen Sozialversicherung. Während der nationalsozialistischen Okkupation vermittelte Hampl zwischen der Prager Regierung und dem Widerstand. Deshalb wurde er 1941 von der Gestapo verhaftet und nach Deutschland deportiert, wo er in der Haftanstalt Berlin-Moabit an den Folgen der Folterungen im Mai 1942 verstarb.

Säuberungen kam es auch zur Erneuerung der „führenden Rolle der Partei“, also zur Unterordnung der Gewerkschaften unter die Kommunistische Partei. Die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Dachverbände und Basisorganisationen wurde immer formaler. Der Apparat der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung konzentrierte sich, insbesondere bei der föderalen Zentrale (ÚRO), den beiden Republikzentralen (ČOR, SOR), in Kreis- oder Bezirksräten, bzw. in der Führung der föderalen oder Republikverbände, hauptsächlich auf die Führung der eigenen Mitgliederbasis, ideologische Arbeit, Kommunikation mit den Staatsorganen und Verwaltung des stetig anwachsenden Vermögens. Die Basisorganisationen der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung standen unter permanenter Aufsicht der jeweiligen Parteiorganisationen und wurden zudem einer wirtschaftlichen Leitung unterstellt, die sich auf den offiziellen Grundsatz der Verantwortung der Gewerkschaften für die Erfüllung der Produktionsaufgaben berufen durfte. Andererseits bemühte sich die ROH, ihren Mitgliedern die geleisteten Beiträge in Form von außerordentlichen Finanzhilfen, Darlehen und vor allem durch Organisation von Erholungsurlauben usw. zu kompensieren.

Die Parteiführung, die sich in erster Linie aus Personen zusammensetzte, die Anfang der 1970er Jahre die Macht ergriffen hatten, beherrschte die Gesellschaft durch eine Kombination aus Unterdrückung der



Unbequem, einer intensiven Propaganda (und Kontrolle der Medien generell) und Korruption der Bevölkerung durch soziale Vorteile. Diese Politik geriet jedoch in immer größere Schwierigkeiten. Es zeigte sich, dass die Tschechoslowakei mit entwickelten kapitalistischen Ländern nicht Schritt halten konnte, vor allem nicht bei der Entwicklung neuer Technologien, Informatik und bei modernen Dienstleistungen. Ein wachsender Teil der Bevölkerung begann zu begreifen, wie gefährlich es ist, sich auf veraltete Produktionen zu

verlassen, die sich nur auf anspruchlosen östlichen Märkten durchsetzen konnten. Warnungen der Umweltschützer und Bürgeraktivisten, die sich für Menschenrechte einsetzten, fanden immer mehr Gehör. Ein großes Echo hinterließen auch die Ereignisse in der UdSSR, wo die Gorbatschow-Politik der Perestroika mit vielen Tabus, sowohl in der wirtschaftlichen und politischen Denkweise, als auch in der Beurteilung der Gegenwart, gebrochen hatte. Die Gesellschaft fand langsam einen Weg aus ihrer Passivität.



**Rudolf Tayerle**, (1877–1942), tschechischer/tschechoslowakischer Gewerkschaftsfunktionär, sozialdemokratischer Politiker und Journalist. 1911 wurde er zum Zentralsekretär des sozialdemokratisch orientierten Bundes der tschechoslowakischen (später tschechoslowakischen – OSČ) Gewerkschaften gewählt. Diese Funktion hatte er bis zum Verbot der Organisation im Jahr 1939 inne. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht war Tayerle im Widerstand tätig. Im Zuge dessen wurde er von der Gestapo verhaftet und starb 1942 im Konzentrationslager Mauthausen.

Die erstarrte tschechoslowakische Führung war dem Gedanken der Perestroika gegenüber eher zurückhaltend, wohl wissend, dass jede Veränderung ihre Stellung gefährden konnte. Gegen die Politik des Staates, dem sie über Jahrzehnte Treue „auf ewige Zeiten“ geschworen hatte, war es der Führung jedoch unmöglich zu protestieren. So wurde die Akzeptanz des neuen sowjetischen Kurses vorgetäuscht. Dies führte zu einer großen Verunsicherung im Land. Die Parteiführung rang sich sogar dazu durch, einige personelle Änderungen vorzunehmen. Den rücksichtslosen, obgleich intelligenten Gustáv Husák in der Funktion des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, durch den einfältigen Miloš Jakeš zu ersetzen, bedeutete jedoch keine wesentliche Verbesserung. Auch Ladislav Adamec, der den Vorsitzenden der tschechoslowakischen föderalen Regie-



zung Lubomír Štrougal abgelöst hatte, war keine allzu starke Persönlichkeit – seine Bedeutung zeigte sich erst während der Wende, wo er sich auf einen Dialog mit der Opposition einlassen konnte. Die Änderungen betrafen auch die ROH-Führung. Der unbeliebte Karel Hoffmann, der als Kommunikationsminister im August 1968 den Besatzern eine wichtige Unterstützung leistete, wurde von der Funktion des Vorsit-



**Robert Klein**, (1885-1941), tschechischer Gewerkschaftsfunktionär und sozialdemokratischer Politiker. Durch sein Engagement entstand der Verband der Privatangestellten (zweitgrößte Fachgewerkschaft nach den Metallarbeitern) dessen Zentralsekretär er von 1919 bis 1939 wurde. Nach der Machtübernahme Hitlers 1933 erwarb er große Verdienste bei der Hilfe für die aus Deutschland kommenden politischen Flüchtlinge. Aus diesem Grund wurde er nach dem deutschen Einmarsch verhaftet und verstarb 1941 im Konzentrationslager Buchenwald.

zenden des Zentralrates der Gewerkschaften abberufen. Seinen Posten übernahm der Botschafter in der UdSSR, der frühere Funktionär des Sozialistischen Jugendverbandes und führender Vertreter des Verbandes der tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaft Miroslav Zavadil, der bis dahin noch nie mit Gewerkschaftsarbeit in Berührung gekommen war.

Dieser Schritt war jedoch kein Hinweis darauf, dass es die Partei mit dem Umbau ernst meinte. Viel wichtiger war, dass wieder begonnen wurde, obwohl nur schüchtern und leise, über (eingeschränkte) Privatunternehmungen zu sprechen. In das Unterbewusstsein der Gesellschaft kehrten die bis dahin verschwiegenen Momente der Nationalgeschichte zurück, langsam öffneten sich Möglichkeiten, ins Ausland bzw. in den Westen zu reisen. Zu diesen positiven Entwicklungen zählt auch, dass bei Wahlen in die Betriebsausschüsse der Gewerkschaftsorganisationen im Herbst 1989 bereits unter mehreren Kandidaten gewählt werden durfte. Auf diese Art veränderte sich der Charakter der Betriebsausschüsse ein wenig und der Einfluss der Nichtkommunisten stieg stetig an. Das spiegelte sich dann auch in ihrer Position im November 1989 wieder. Schon kleine Zugeständnisse seitens der Machtorgane konnten zu mehr Beteiligung der Gesellschaft genutzt werden. Die Kritikfähigkeit und Zivilcourage waren plötzlich wieder da - unüberhörbar und unübersehbar. Der Mut der Bürger



„Es ist für jeden von uns eine Ehre Tabakarbeiter zu sein“ (Wandzeitung des kommunistisch dominierten Einheitsgewerkschaftsbundes ROH aus dem Jahr 1949)

wurde im August 1988, am Anfang des Jahres 1989 (20. Todestag von Jan Palach) sowie am 21. August 1989 stark sichtbar. Die Aktivitäten der Oppositionsgruppen und Gruppierungen stießen bei immer breiteren Schichten der Bevölkerung auf offene Ohren.

### Die samtene Revolution

Der Aufstand gegen das kommunistische Regime wurde von Studenten und Schauspielern initiiert. Doch bald übernahmen das Bürgerforum (Občanské fórum, OF)

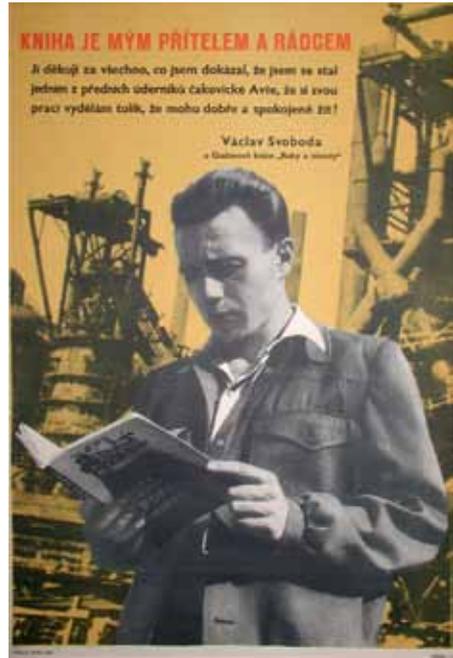
und in der Slowakei die Bewegung „Öffentlichkeit gegen die Gewalt“ (Veřejnost proti násilí, VPN) die Führungsrolle. In allen größeren Städten wurde die Opposition durch massive Demonstrationen unterstützt. Am 27. November 1989 wurde durch den Generalstreik schließlich das kommunistische Regime von der gesamten Bevölkerung abgelehnt.

An der Organisation dieses Streiks waren auch Betriebsausschüsse der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung beteiligt, in den meisten Fällen standen jedoch die



neuen, von den bisherigen Gewerkschaftsstrukturen unabhängigen Streikausschüsse im Vordergrund. Die Vertreter der Streikausschüsse bildeten am 24. November die Vereinigung der Streikausschüsse, die Führung übernahm Igor Pleskot, der sie wesentlich prägte. Als ihre Hauptaufgabe sahen die Ausschüsse die Analyse des Streikverlaufs und die Erfüllung der durch die Streikenden gestellten Forderungen. Gleichzeitig verlangten sie auch, dass eine neue Gewerkschaft gebildet wird, die – mit Zustimmung der Arbeiter und Angestellten – die alte Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung samt ihrer Zentrale (dem Zentralen Rat der Gewerkschaften) ersetzen sollte. Die Vereinigung der Streikausschüsse empfahl daher einzelnen Streikausschüssen, die Arbeiter und Angestellten aufzufordern, den bestehenden Gewerkschaftsorganen, in erster Linie dem Zentralen Rat, ihr Misstrauen auszusprechen. Sie forderten die Auflösung der bisherigen Gewerkschaftsstruktur und deren Umbau, damit die Umwandlung in einen Berufsverband vollzogen werden konnte.

In der ersten Phase war diese Forderung berechtigt, weil die Führung der alten ROH der Kommunistischen Partei zwar ihre Treue hielt, jedoch nicht im Geringsten ihren Mitgliedern, deren Willen sie hätten vertreten sollen. (Von enttäushtem Vertrauen zu sprechen wäre unangemessen und unrichtig, weil es keines mehr gab). Ziemlich schnell zeigte sich jedoch, dass die



„Das Buch ist mein Freund und Berater“. Gewerkschaftlicher Aufruf zur Weiterbildung der Arbeiterinnen und Arbeiter (Plakat aus dem Jahr 1951)

Novemberereignisse in der Tschechoslowakei nicht nur Teilanpassungen des Regimes lostraten, sondern eine grundsätzliche Wende herbeiführten – eine Revolution. Unter diesen Umständen war offensichtlich, dass die bisherige Wirtschaftsordnung früher oder später durch eine Marktwirtschaft abgelöst werden würde – und das verlangte tatsächlich die Entstehung einer vollkommen anderen Gewerkschaft als es die bisherige ROH war. Allerdings mussten sich die Gewerkschaften auch zu neuen Ge-



*Blick in den Plenarsaal des gesamtstaatlichen Gewerkschaftskongresses vom März 1990. Dabei wurde die Auflösung des kommunistischen Einheitsgewerkschaftsbundes ROH zu Gunsten von neuen unabhängigen Fachverbänden beschlossen.*

setzen äußern, welche im steigenden Ausmaß das Leben aller Bürger zu beeinflussen begannen. Die alte ROH wollte nicht kapitulieren – sie hatte die kompromittierten Führungsmitglieder abberufen und stellte an ihre Spitze Karel Heneš, ursprünglich einen Bergarbeiter, der später Vorsitzender des mittelböhmischen Gewerkschaftlichen Kreisrates wurde.

Der größte Trumpf der ROH war jedoch ihr immenses Vermögen – neben dem Haupt-

gebäude in Žižkov eine große Menge an Gewerkschaftshäusern, Erholungsobjekten und auch ein riesiges Barvermögen. Laut Angaben des Vorsitzenden der Revisionskommission des Zentralgewerkschaftsrates blieb auch ein überdimensionierter Gewerkschaftsapparat übrig. Laut einer Erhebung waren in allen Gewerkschaftsorganen 2.308 Personen, in Verbandsinstitutionen 1.083 Personen beschäftigt. In Organen der Krankenversicherung arbeiteten weitere 887 Personen. Daneben gab



es noch 187 Arbeitssicherheitsinspektoren. Das Vertrauen gewöhnlicher Gewerkschafter stellte das wichtigste und im Prinzip auch einzige Kapital der Vereinigung der Streikausschüsse dar. Ihre Autorität wurde von ca. 70 Prozent der Grundorganisationen anerkannt. Das war von großer Bedeutung.

Zu den zwei Gruppierungen, die sich um die führende Rolle in der Gewerkschaftsbewegung bemühten, kam noch eine dritte Kraft hinzu – die Führung jener Gewerkschaftsverbände, die auf die Wende reagierten, ihre Führung wählten, sich aber auf verschiedene Art und Weise nach Berufszugehörigkeit und nationaler Herkunft zu teilen begannen. Nach erfolgter Umgestaltung stand die Legitimität dieser Verbände außer Zweifel. Auch die Legitimität der von den Verbänden gebildeten Kommission für die Vorbereitung des Kongresses war über jeden Zweifel erhaben. Diese entschied dann auch, dass der Kongress im März 1990 stattfinden sollte. Es war bereits klar, dass bei diesem nicht alle tschechoslowakischen Gewerkschafter vertreten sein würden – Anfang der 1990er Jahre wurden die Bemühungen um die Teilung der Gewerkschaftsbewegung in einen tschechischen, bzw. tschechisch-mährischen Teil und einen slowakischen Teil intensiver. Einige slowakische Verbände bildeten in Folge tatsächlich eine unabhängige Zentrale. Weiters machten sich im Februar 1990 noch Künstlerverbände selbständig, wel-

che die Kunst- und Kulturkonföderation gründeten.

Der Kongress aller Verbände und Gewerkschaften von 2. bis 3. März 1990 in Prag beendete die Übergangszeit. Auf diesem Kongress wurde die ROH aufgelöst und die Gründung des neuen Dachverbandes beschlossen – die Konföderation der tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbände (später, in Übereinstimmung mit der staatsrechtlichen Entwicklung, in die Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände unbenannt). Es sollte keine starke Zentrale werden, die berechtigt wäre, den Verbänden Aufgaben und Pflichten aufzuerlegen, sondern ein „Organisationsrahmen, eine Plattform für die Bildung einer echten informellen Aktionseinheit der Gewerkschaften. Die Konföderation gleicht im Prinzip den Verbänden. Sie steht nicht über ihnen, sondern wurde von den Verbänden für ihren eigenen Zweck gebildet, nämlich um ihre eigene Kraft zu multiplizieren“.

Die Tschechoslowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände sollte laut Gründungsurkunde die Bildung einer Aktionseinheit der Gewerkschaftsbewegung anstreben, und zwar nach dem Prinzip der Gewerkschaftszugehörigkeit, Solidarität und gemeinsamer Interessen und Rechte der in Gewerkschaftsverbänden vereinigten Arbeiter und Angestellten. Sie sollte auch für die Vertretung der tschechoslowa-



kischen Gewerkschaftsbewegung in den internationalen branchenübergreifenden Organisationen zuständig sein. Konkrete Aufgaben lagen in der Koordination der Verbände (im Umfang der delegierten Befugnisse) und in deren Vertretung gegenüber staatlichen und politischen Organen bei Angelegenheiten, welche die Kompetenzen eines einzelnen Verbandes übersteigen. (Zudem konnten sich die Gewerkschaftsverbände zusammenschließen und auch ohne Konföderation gemeinsam auftreten). Weiters ging man davon aus, dass gemeinsame Aktivitäten und Dienstleistungen zugunsten der Gewerkschaftsverbände und ihrer Mitglieder erbracht würden. Präsident der Tschechoslowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände wurde Igor Pleskot, die markanteste Persönlichkeit dieser Zeit.

Wohl die größten Probleme am Kongress bereitete die Frage der Zugehörigkeit des ROH-Vermögens. Jener Vermögensteil, der formal der ROH gehörte, sich aber damit im Besitz der Grundorganisationen oder Verbände befand, musste in das formale Eigentum der bisherigen Besitzer gegeben werden. Anders war es mit dem Vermögen, welches der ROH unmittelbar gehörte, dem sogenannten „gesamtgewerkschaftlichen Vermögen“: Ursprünglich wurde angenommen, dass es von der neuen Konföderation übernommen würde, doch dagegen stellten sich die Vertreter der slowakischen Verbände und verschiedener Kulturverbände.

Daher wurde beschlossen, ein spezielles Organ zu bilden, welches zum Nachfolger der ROH in Vermögensangelegenheiten werden sollte – dafür wurde eine Vermögens- und Verwaltungsunion (MSDUOS) gegründet.

Der Kongress aller Gewerkschaften und Verbände erfüllte seine Mission. Neue Gewerkschaften hatten sich durchgesetzt, Legitimität gewonnen und Organisationsformen angenommen, die der neuen Situation entsprachen. Zudem übernahmen sie beinahe alle Mitglieder und erbten ein umfassendes Vermögen. Nichtsdestotrotz befanden sich die Gewerkschaften ganz am Anfang, sie mussten viele grundsätzliche Probleme lösen. Bei manchen Angelegenheiten, z. B. Kollektivvertragsverhandlungen, halfen ihnen die Partnergewerkschaftsorganisationen aus dem Ausland. Für einige Probleme fanden sie keine Lösung. Die erste Frage, der sich die Gewerkschaften widmeten, war die Organisationsstruktur. Neben der Konföderation mussten für beide Teilrepubliken neue Organe gebildet werden. Am 5. April 1990 entstand die Tschechischmährische Kammer der Gewerkschaftsverbände (Českomoravské komora odborových svazů, ČMKOS), ab dem Jahr 1998 die Tschechischmährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände (Českomoravská konfederace odborových svazů, ČMKOS). Von 9. bis 10. April 1990 bildete sich die Konföderation der slowakischen Gewerkschaftsverbände (Konfederácia odborových svazů, KOS).



vých zväzov KOZ). Der Vorsitzende der ČMKOS wurde Vladimír Petrus, der im Laufe der weiteren Jahre auf das Wirken der Gewerkschaften in der Tschechischen Republik einen beträchtlichen Einfluss ausübte. Es wurde heftig diskutiert, ob Regionalstrukturen entstehen, welchen Charakter sie haben sollten und von wem sie bezahlt würden. Aufgrund der großen Distanz zwischen der Grundorganisation und der Führung des Gewerkschaftsverbandes oder aller in Prag ansässigen Gewerkschaften, war es notwendig, ein Zwischenglied einzubauen. Einige Gewerkschaftsverbände begannen daher, ihre regionalen Organisationen zu bilden – Mitte 1992 verfügten 15 Verbände über solche Zweigstellen. Mit 1. September 1992 entstanden Beratungszentren der Gewerkschaftsverbände, die sich überwiegend mit arbeitsrechtlicher Beratung befassen (Rechtshilfe für die Verbandsmitglieder im Bereich des Arbeitsrechtes, der Sozialsicherung usw.), aber auch als zentrale Gewerkschaftslenkungs- und Informationszentren tätig waren. Obwohl deren Nützlichkeit später noch oft diskutiert wurde, bestehen sie im Grunde bis heute.

### **Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft**

Die Fragen des Gewerkschaftsaufbaus und der Organisation erweckten große Aufmerksamkeit. Die Fokussierung auf Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten

drängte jedoch die eigentliche Gewerkschaftspolitik, mit Schwerpunkt auf soziale Probleme, Löhne, Beschäftigung usw. in den Hintergrund. Das ganze Land machte in dieser Zeit eine einmalige, umfassende und schnelle Transformation durch, die sich hauptsächlich auf die Rückkehr zu den Prinzipien der Marktwirtschaft gründete. Dies wurde durch viele verschiedene Faktoren wesentlich beeinflusst und erschwert, z. B. durch den Verlust bisheriger Absatzmärkte und die Notwendigkeit zur Erschließung neuer Märkte, durch grundlegende Änderung der politischen Ausrichtung, der beginnenden Globalisierung und durch den Einzug neuer Technologien. Am Anfang der 1990er Jahre änderte sich das Leben jedes Bürgers gravierend.

Zu dieser Entwicklung nahm die ČMKOS in ihrer Erklärung vom September 1990 Stellung: „Wir unterstützen politische, wirtschaftliche und soziale Änderungen, zu denen es nach den revolutionären Veränderungen im November vorigen Jahres kam“, heißt es am Anfang des Dokumentes: „Die wichtigsten Programmforderungen der ČMKOS“. „Diese Unterstützung ist jedoch nicht vorbehaltlos. Es geht uns um die Einführung einer Gesellschaft mit sozialer Marktwirtschaft“. (Der Begriff einer Gesellschaft mit sozialer Marktwirtschaft wurde dann als ein nicht durch soziale Gesichtspunkte gesteuertes System erklärt, das aber so leistungsfähig ist, dass es imstande ist, ausreichende Überschüsse für soziale



Projekte zu beschaffen). Die Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung beruhen laut diesen Programminhalten auf der Durchsetzung des Rechtes jedes Bürgers auf frei gewählte Arbeit und gerechte Entlohnung, des Rechtes auf Sicherheit, Arbeitshygiene, gesunde Umwelt und Ausbildung. Die Gewerkschaften hoben den Schutz der Jugendlichen, Frauen und der Menschen mit Behinderung hervor.

Sie erklärten oftmals die Privatisierung und die Einführung der Marktwirtschaft für eine natürliche, ja gar erwünschte Entwicklung, äußerten sich jedoch besorgt über die sozialen Auswirkungen und die soziale Verträglichkeit der Transformation. Sie wollten verhindern, dass ausschließlich Beschäftigte die Last dieser Transformation trugen. Insbesondere wollten sie keine Gehaltsregulierungen akzeptieren, in einer Zeit, in der sämtliche Beschränkungen aufgehoben wurden. Die Regierung hielt noch sehr lange (bis 1995) daran fest.

Der gewerkschaftliche Standpunkt zur Transformation war verständlich und richtig. Er entstand aus dem Riesenoptimismus und den großen Erwartungen für die Zukunft des neugegründeten Staates. Alle Schwierigkeiten wurden als Bürde der Vergangenheit verstanden. Andererseits war aber auch klar, dass diejenigen enttäuscht waren, die in dieser Zeit entlassen wurden oder in andere Notlagen gerieten und Hilfe erwartet hatten, die ihnen die Gewerk-

schaften nicht geben konnten. Verbittert verließen viele die Organisation. Der erste Rückgang der Mitgliederbasis wurde von einer massiven und unkritischen Propaganda der freien Marktwirtschaft, die praktisch alle Medien durchzog und oft in eine starke antigewerkschaftliche Stimmung mündete, begleitet. Die Gewerkschaften wurden als eine überholte Struktur bezeichnet, die nicht mehr zeitgemäß sei und (faktisch erfolglos) all jene verteidigt, die nicht imstande sind, fleißig arbeiten zu wollen. Die gewerkschaftlichen Forderungen nach angemessenem Lohn und fairen Arbeitsbedingungen wurden schnell als Versuche ausgelegt, die Betriebe zu desorganisieren und ihre Leistungsfähigkeit zu gefährden. Diese Propaganda verursachte große, wahrscheinlich bis heute nicht behobene, Schäden.

Auch die Regierungsvertreter nahmen den Gewerkschaften gegenüber eine ähnliche Stellung ein. Sie forderten die Verantwortung der Gewerkschaften ein und erklärten, dass sie von deren „veralteten und konfusen“ Ansichten gar nichts hielten. Trotzdem gelang es, den Rat der wirtschaftlichen und sozialen Einigung zu errichten, bzw. den Rat der sozialen Einigung (also die sogenannte sozialpartnerschaftliche Tripartitität), welcher zwischen den Arbeitgebern, der Regierung und den Gewerkschaften gebildet und erstmals im Oktober 1990 einberufen wurde. Während der in der Tschechischen Republik tätige Rat der

# OD AŠE AŽ



## K JASINĚ

Soukromí zaměstnanci z kanceláři, průmyslu a obchodů, pojdte s námi za nový, lepší svět!

### *Doba žádá soustředění sil*

Je nemyslitelno žítí bez odb. organizace

**Jednotný svaz sdružuje 80.000 soukromých zaměstnanců**

Zveme i Vás ke spolupráci na budování státu a jeho hospodářské a soc. politiky

Zajistíte sobě i rodině morální i hmotnou podporu v každé době

**Na podpořkách vyplaceno  
36,560.362 Kč**

Přihlaste se u:

**Píseň, Pobřežní 8**

**Ústředí:**

Praha II, Na Zbořenci číslo 18

**Zemské sekretariáty:**

Brno, Lažanského nám. číslo 3  
Bratislava, Sedlářská 7

**Krajské sekretariáty:**

Moravské Ostrava, Tyršova č. 2  
České Budějovice, Kralinská č. 1  
Olomouc, Riegrova 11  
Teplice-Sanov, Terežinská č. 22  
Pardubice, Hotel „Veselka“  
Jihlava, Husova 9  
Prostějov, Hájkovo náměstí č. 3  
Liberec, Soukenné náměstí č. 1  
Hodonín, Štefánikova 24  
Hradec Králové, „Střelnice“  
Kolín, Havlíčkova třída číslo 23  
Kladno, náměstí Svobody 1499  
Užhorod, Korjatovičova nám. 1  
Kašice, Orliá ulica 15  
Mladá Boleslav, Jiráskova 221  
Žilina, Masarykova 22

„Von Asch bis Jasine. Der Einheitsverband ruft Euch - beschützt Euch! Privatangestellte aus Büros, Wirtschaft und Handel, mit uns für eine neue bessere Welt!“ Flugblatt der Privatangestelltengewerkschaft (JSSZ) aus den dreißiger Jahren.

**Vy, kteří nejste dosud  
organisováni!**



**VSTUPTĚ  
do našich řad!**

**Přihlastě se za členy  
Svazu dělnictva stavebního,  
kameno- a keramického průmyslu v ČSR!**

*„Ihr, die ihr nicht organisiert seid! Tretet in unsere Reihen ein! Meldet Euch als Mitglieder beim Verband der Arbeit der Bau-, Stein- und Keramischen Industrie in der Tschechoslowakischen Republik (ČSR)!“ (Plakat von 1938)*



„Wenn Du zu spät kommst, schadest Du dem Betrieb und verzögerst den Fünfjahrplan!“ (Plakat von 1949)



„Genossen! Beschleunigt die Lieferungen der Bauten für den Sozialismus und Kommunismus“ (Plakat von 1952)



sozialen Einigung auf einer stabilen Basis gebildet werden konnte, wurde der Rat der wirtschaftlichen und sozialen Einigung von ständigen Komplikationen begleitet. Die zuständigen Minister erschienen nicht zu den Verhandlungen und ließen sich durch Funktionäre mit mangelnden Kompetenzen vertreten, sodass diese Treffen keinen verbindlichen, sondern lediglich einen informativen Charakter hatten und im Prinzip lediglich einer Sondierung der Standpunkte dienten. Das widersprach den ursprünglichen Zielen. Die gewerkschaftlichen Vertreter protestierten gegen diese Praxis wiederholt und nur dank ihrer Geduld und Konsequenz wurde das Gremium am Leben erhalten und schließlich sogar eine Generalvereinbarung abgeschlossen.

Während der Amtszeit des neoliberalen Ministerpräsident Václav Klaus wurden die Gewerkschaften zur einzig gewichtigen Opposition gegenüber dem Regierungskurs.

Wirklich links orientierte Parteien gab es ebenso wenig wie Umweltschutzorganisationen, und so waren die Gewerkschaften nach wie vor die einzige politische Kraft, die Regierungsvorlagen mit kritischen Augen betrachten und beurteilen konnten. Dazu zählten Themen wie Sozialpolitik, Wohnungspolitik, Arbeitsrecht und der Gesetzgebungsprozess. Es lag nicht an den Gewerkschaften, dass jegliche abweichende Meinung als Widerstand gegen

Reformänderungen angesehen wurde. Es handelte sich um ein in der Tat großes Missverständnis, an dem die Gewerkschaften keine Schuld trugen.

Wie bereits ausgeführt, war die Stimme der Gewerkschaften viel zu leise und wurde noch zusätzlich vorsätzlich geschwächt. Die Gewerkschaften konnten die Öffentlichkeit nicht für ihre Standpunkte gewinnen. Auch die Entscheidung, die Tschechoslowakei zu teilen, konnten die Gewerkschaften nicht verhindern, obwohl sie diesem Schritt, beschlossen in den Wahlen im Sommer 1992 und umgesetzt ab 1. Jänner 1993, nichts abgewinnen konnten. Der Protest gegen die Teilung des gemeinsamen Staates wurde unter anderem dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die gemeinsame Gewerkschaftszentrale CSKOS beibehalten wurde. Am 20. November 1993 wurde sie beim Gewerkschaftskongress in Jihlava schließlich doch aufgelöst. Seitdem sind die Geschicke der tschechischen Gewerkschaften mit der ČMKOS untrennbar verbunden.

## **Gewerkschaftspluralismus**

Obwohl die ČMKOS zweifellos die wichtigste Gewerkschaftsorganisation in Tschechien darstellte und darstellt, ist sie nicht die einzige. Noch vor Abhaltung des Allgemeinen Gewerkschaftskongresses entstand aus einem Teil der bisherigen Gewerkschaft für Kunst und Kultur am 5. (offiziell am 27.) Februar die Konföderation für Kunst und



Kultur mit zunächst zwölf Gewerkschaften. Bei dieser Gelegenheit wurde öffentlich erklärt, man fürchte die Entstehung einer mächtigen Zentrale nach dem Beispiel des ehemaligen Zentralgewerkschaftsrats. Um für die Interessen der tschechischen Theaterkultur einzutreten, entstand am 11. Februar auf Initiative von Tomáš Töpfer die Schauspielersassoziation. Die Pluralität fasste allmählich Fuß in den tschechischen Gewerkschaftsorganisationen. Libor Malý, Repräsentant des Verbandes der Streikkomitees, sagte gegenüber der Zeitung *Gazeta Wyborcza* wovon man ausgehe, nämlich dass eine Konkurrenzsituation für die gesamte Gewerkschaftsbewegung vorteilhaft sein könne.

Kurz nach dem Gewerkschaftskongress formierte sich die prokommunistische Gewerkschaftsvereinigung Böhmens, Mährens und Schlesiens und 1990 wurde der Unabhängige Christliche Gewerkschaftsverband (heute Christliche Gewerkschaftskoalition) gegründet. Zu diesen politisch und weltanschaulich klar positionierten Verbänden zählt auch der Versuch im August 2001, eine anarchistische Gewerkschaft unter dem Namen *Rovnost* (Gleichheit) zu gründen.

Eine Gewerkschaft von Bedeutung wurde jedoch erst die Assoziation freier Gewerkschaften (ASO), die 1995 vom Gewerkschaftsbund für Landwirtschaft und Nahrungsmittel Böhmens und Mährens

gegründet wurde, der aus der ČMKOS ausgetreten war. Daneben gab es den zahlenmäßig nicht relevanten Einheitsbund der Privatangestellten und den ebenfalls kleinen Gewerkschaftsbund der Nordwestlichen Energiewirtschaft. Im Laufe der darauffolgenden Jahre schlossen sich der Assoziation freier Gewerkschaften weitere Gewerkschaftsbünde an, wie etwa der Gewerkschaftsbund Flachglas, der Gewerkschaftsbund der Atomenergiebeschäftigten sowie die Gewerkschaft der Fluglotsen. 1999 wurde auch die mitglieder- und stimmenstarke Gewerkschaftsvereinigung der Eisenbahner, die ihre Mitgliedschaft in der ČMKOS ebenfalls beendet hatte, Mitglied der ASO. Von den anderen ASO-Mitgliedsorganisationen ist der einflussreiche Gewerkschaftsclub der Ärzte (heute: Gewerkschaftsclub der Ärzte – Tschechischer Ärzterverband) zu nennen. So wurde die ASO zur zweitgrößten Gewerkschaftszentrale in der Tschechischen Republik und nimmt seit Ende 2000 in dieser Funktion an den Tripartititätsverhandlungen teil.

Zu völlig unabhängigen Gewerkschaftsorganisationen gehören etwa der Gewerkschaftsbund für Glas, Keramik, Modeschmuck und Porzellan, die Union der Eisenbahnbeschäftigten, die Föderation der Buslenker, die Föderation der Lokführer, die Föderation der Zugbegleiter und die Typographievereinigung. Die meisten unabhängigen Vereinigungen sind im Verkehrswesen tätig.



„Gewerkschaften für ein gutes Arbeitsgesetzbuch“ Foto der zentralen Demonstration im November 2005 für Verbesserungen in der Arbeitsgesetzgebung.

### Stabilisierung der Gewerkschaften Mitte der 1990er Jahre

In einer Zeit, als wegen der Kuponprivatisierung praktisch alle Tschechinnen und Tschechen zu Aktionären wurden, verschwand die Gewerkschaft beinahe von der Bildfläche. Dies umso stärker, als nach rapidem Preisanstieg im Jahre 1991 eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation eintrat. Nur Lehrer und Verkehrsbedienstete hielten mit ihren kritischen Positionen und Zweifeln nicht hinterm Berg

und verschafften sich mit Protestaktionen Gehör. Die Gewerkschaften, ja die ganze Gesellschaft, wurde von den Plänen der Regierung, eine Sozialreform durchführen zu wollen, mobilisiert. Die ČMKOS veranstaltete am 22. März 1994 eine Demonstration gegen die Anhebung des Pensionsalters, gegen ein Gewerkschaftsverbot im öffentlichen Dienst sowie gegen untragbare Eingriffe in das Arbeitsgesetzbuch (u.a. in Bezug auf Kettenverträge). Am Tag darauf überreichte der ČMKOS der Regierung eine Petition mit knapp 630.000 Unterschriften.



Am 21. Dezember wurde ein fünfzehntägiger Warnstreik abgehalten, um zehn Forderungen zum Thema Pensionsversicherung Nachdruck zu verleihen (etwa die Trennung des Pensionsfonds vom Staatsbudget). Am Streik nahmen knapp 1,5 Millionen Menschen teil. Die Ablehnung der vorgeschlagenen Pensionsreform konnte auch durch Postkartenversand an den damaligen Regierungsvorsitzenden Václav Klaus zum Ausdruck gebracht werden. Diese Protestserie wurde durch eine Kundgebung am Prager Altstädter Ring am 25. März 1995, an der 9.000 Gewerkschaftsmitglieder gegen die Regierungsentwürfe im Bereich Sozialgesetze auftraten, beendet. Zu einer Klärung der Situation trug auch das ČMKOS-Programm bei, das beim 1. Gewerkschaftskongress 1994 angenommen wurde. Die ČMKOS erklärte, sie trete in erster Linie für Demokratie, Unabhängigkeit und Solidarität ein. Gleichzeitig wiederholte sie, dass die Gewerkschaften eine schnelle Transformation der tschechischen Wirtschaft sowie die vorwiegend auf Privateigentum basierende Marktwirtschaft, die Integration in die europäische Wirtschaft und die vollständige Offenheit gegenüber ausländischen Investoren begrüßen. Die Gewerkschaften erklärten ihr Interesse an der Belebung der Wirtschaft, um eine hohe Beschäftigung und ein Wachstum der Reallöhne zu sichern: sie unterstützen eine wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik des Staates. Nachdem der Reichtum eines jeden Landes in den Fähigkeiten

und Kenntnissen der Bevölkerung beruht, machten sie sich für eine Bildungsförderung auf allen Ebenen stark. Die Gewerkschaften verpflichteten sich weiters, speziell die Qualität der Lehrberufe und der Umschulungsprogramme unter die Lupe zu nehmen. Sie betonten die soziale Dimension der Wirtschaftsentwicklung und machten auf mögliche Folgen, sowie auf menschenwürdige und produktive Arbeitsbeziehungen ohne jede Diskriminierung aufmerksam. Die Entwicklung der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen sollten auf das Wachstum der Verbraucherpreise abgestimmt sein, um nachhaltige Verbesserung des Lebensstandards zu ermöglichen. Sie forderten eine angemessene soziale und medizinische Absicherung, insbesondere für Menschen mit Behinderung und für sozial Schwache, und setzten sich für die Wohnungsförderung junger Familien ein. Abschließend erklärten sie, ihre Ziele ausschließlich mit demokratischen und gesetzlichen Mitteln verfolgen zu wollen. An erster Stelle stünden Verhandlungen, im Bedarfsfall wollten sie auf Streiks allerdings nicht verzichten. Sie zählten auf Unterstützung der Öffentlichkeit, die sie durch eigene sowie öffentliche Medien gewinnen wollten.

Obwohl im Programm bei den nachfolgenden Gewerkschaftskongressen Änderungen und Aktualisierungen vorgenommen wurden, blieb es im Kern erhalten. Um die Ziele zu erreichen, wurde eine neue,



energische und zielbewusstere ČMKOS-Führung gewählt, welche die Differenzen zwischen der Sicht der Regierung und der Gewerkschaften nicht verschleierte. Zum Vorsitzenden wurde Richard Falbr gewählt, der Vizevorsitzende Milan Štěch übernahm die Verantwortung für die Kollektivvertragsverhandlungen, sein Amtskollege Zdeněk Málek den Bereich internationale Beziehungen und Chrudoš Bělohrad die gewerkschaftsinternen Angelegenheiten sowie das ČMKOS-Budget (nach seiner Pensionierung übernahm Jaroslav Zavadil diesen Bereich).

Beim Gewerkschaftskongress wurde die Struktur der ČMKOS-Organen endgültig geregelt und die Kompetenzen abgesteckt. Demnach kann ein ČMKOS-Mitgliedsverband nur dann ein unabhängiger Gewerkschaftsbund werden, wenn seine Tätigkeit den Grundprinzipien der ČMKOS, wie etwa Wahrung der Demokratie oder Solidarität, entspricht. Das höchste Organ der ČMKOS ist der Gewerkschaftskongress, der in der Regel einmal in vier Jahren zusammentritt (im Bedarfsfall gibt es einen außerordentlichen Gewerkschaftskongress). Zwischen den Gewerkschaftskongressen werden Versammlungen geleitet, denen führende Vertreter der ČMKOS, weitere Mitglieder des ČMKOS-Rates (welche die Konföderationsmitglieder vertreten), sowie Delegierte der Gewerkschaftsbünde angehören. Die Anzahl der Delegierten der Gewerkschafts-

bünde wird nach einem Schlüssel je nach Basisstärke des Bundes im jeweiligen Jahr ermittelt. Der Versammlung, die als eine Art Gewerkschaftsparlament fungiert, werden umfassende Befugnisse zugestanden: etwa die Einberufung des Gewerkschaftskongresses, Ausrufung eines Generalstreiks, Aufnahme neuer ČMKOS-Mitglieder oder die Entscheidung über die Auflösung einer Mitgliedschaft. Ein weiteres wichtiges Organ, eigentlich das Exekutivorgan der ČMKOS, ist der Vorsitzendenrat. Die laufende Arbeit der ČMKOS hat die Leitung inne, bestehend aus dem Vorsitzenden und den Vizevorsitzenden.

Durch die Wahl der neuen Vorsitzenden gewann die Tätigkeit der ČMKOS, auch ihre Präsenz in der Öffentlichkeit, an Dynamik. Die Problematik der sozialen Entwicklung wurde in die öffentliche Debatte wieder aufgenommen, die Meinung der Gewerkschaft fand sich in Presse, Rundfunk und Fernsehen wieder und wurde von der Öffentlichkeit zunehmend ernst genommen. Unterstützend war sicherlich die Medienaffinität des Vorsitzenden Richard Falbr, zusätzlich wurden er und der Vizevorsitzende Štěch für die Sozialdemokratie in den Senat gewählt, wodurch sie am öffentlichen Geschehen aktiv teilnehmen konnten.

Zu jener Zeit stabilisierte sich der Expertenkreis der ČMKOS und es stellte sich heraus, dass ihre makro- und sozialökonomischen Prognosen unparteiischer und



*Der Streik der Škoda-Belegschaft im März 2005 für bessere Löhne endete mit einem Sieg der Gewerkschaften.*

genauer sind als die Zukunftsszenarien der Regierung oder einzelner politischer Parteien. Die ČMKOS-Juristen bewährten sich als Fachleute mit fundiertem Wissen, wenn sie zu Gesetzen und Reformvorschlägen Stellung nahmen. Für das Funktionieren der ČMKOS, aller Gewerkschaftsbünde und der Basisorganisationen war es unumgänglich, sich mit EDV, Internet und der laufenden Organisationstätigkeit auseinanderzusetzen, ebenso mit umfangreichen Bereichen wie Bildung oder Sicherheit am Arbeitsplatz.

Wie Meinungsumfragen belegten, war die zunehmend schlechter werdende Wirtschaftslage für die erneut steigende Popularität der Gewerkschaften ausschlaggebend. Die Regierung unter Václav Klaus reagierte mit umfangreichen Sparpaketen. Viele befürchteten den Verlust des Arbeitsplatzes oder die Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Viele Menschen gaben ihre unkritische Haltung gegenüber der Entwicklung nach der Wende auf und suchten Zuflucht bei den Gewerkschaften. Diese hatten ja zu Jahresbeginn 1997 mit



*Demonstration gegen den Sozialabbau der Regierung im Juni 2007.*

einem Kettenstreik der Lehrer und insbesondere mit dem fast eine Woche andauernden Eisenbahnerstreik, dem der Staatsapparat praktisch hilflos zusah, ihre Kraft demonstriert. An der Protestversammlung gegen die restriktive Politik der Regierung am 8. November 1997 am Prager Altstädter Ring nahmen etwa 100.000 Menschen teil. Es war zweifellos die größte Kundgebung seit November 1989. Die Regierung versuchte zwar, die Tragweite der Protestversammlung zu schmälern, doch sie wirkte

nachhaltig auf die Öffentlichkeit und trug sicherlich zum Wahlerfolg der sozialdemokratischen Opposition im darauffolgenden Jahr bei.

### **Problemfeld Gewerkschaftsvermögen**

Fast zeitgleich mit diesen Erfolgen trat eine Katastrophe ein, die beinahe den Zerfall der ČMKOS bedeutete.

Das von den Gewerkschaften geerbte Vermögen war nach wie vor gigantisch hoch (es wurde auf 2,5 Milliarden Kronen, ca. 100 Mill. Euro geschätzt), obwohl es durch Teilung beim Gewerkschaftskongress auf alle Bünde verteilt und folglich bei der Spaltung der Tschechoslowakei verringert wurde. Ein solch großes Vermögen hätte gut zur Finanzierung von Gewerkschaftstätigkeiten herangezogen werden können, stattdessen wurde es zum Zankapfel. Es bestand größtenteils aus Immobilien (etwa 80 Prozent stellten Hotels, Pensionen und Wochenendhäuser dar) und war nicht einfach aufzuteilen. Die Verwaltung übernahm die Vermögens- und Verwaltungsunion. Anstelle Gewinne zu erzielen, mussten ständig neue Investitionen getätigt werden.

Die Immobilien mussten verwaltet, manche verkauft, andere renoviert werden. Zu diesem Zweck wurde 1994 die Aktiengesellschaft G. E. N., a.s. (Generalevidenz der Immobilien) ins Leben gerufen. Die Gewerkschaften brachten ihre wertvollsten



Immobilien ein, die bis dato vom MSDUOS verwaltet wurden. G. E. N. sollte bei der Verwaltung Gewinn erwirtschaften. Die Aktien an G. E. N. hielten die Gewerkschaftsbünde. Ein Teil der Aktien wurde jedoch außerhalb der Gewerkschaften verkauft und schließlich übernahm im Herbst 1997 die Gesellschaft CIMEX den Großteil aller Aktien – das Mehrheitsverhältnis war knapp, jedoch ausreichend, um G. E. N. zu dominieren. Das Ergebnis war nicht nur der Verlust des Vermögens, sondern auch des Vertrauens: Infolge dieser Ereignisse verließ der Gewerkschaftsbund für Glas, Keramik, Modeschmuck und Porzellan die ČMKOS. Dabei war die Gefahr, großen Besitz leichtfertig zu verlieren, schon seit dem überhasteten und undurchdachten Verkauf der Tageszeitung Práce im November 1995 bekannt. Die vermögensrechtlichen Unstimmigkeiten konnten zumindest teilweise im Juni 2002 beigelegt werden, als die Minderheitsaktionäre (insgesamt sieben Gewerkschaftsbünde) ihre Aktien verkaufen konnten. Auch das verbleibende Vermögen unter der Verwaltung der Vermögens- und Verwaltungsunion war nicht gerade klein – zu nennen ist etwa das Gewerkschaftshaus oder das unlängst aufwendig restaurierte Hotel Imperial in Praha-Poříčí.

### Regionalpolitik

Die Gewerkschafter waren sich der Tatsache bewusst, dass schwerwiegende Probleme in den Bereichen Arbeitsmarkt,

Arbeitslosigkeit, Umwelt, Verkehr, Schulwesen, Kriminalität und andere häufig regionalen Charakter aufweisen. Trotz spürbaren Unwillens gegen die Errichtung regionaler Zentren, die auf Ressentiments gegenüber den ehemaligen Gewerkschaftsorganen zurückzuführen sind, war bereits beim ersten ČMKOS-Kongress klar, dass regionale Kammern (so wurden sie genannt) unumgänglich sind. Ihre Aufgabe war es, sich lokaler Probleme anzunehmen und als repräsentatives Gewerkschaftsorgan gegenüber Staatsorganen und Sozialpartnern aufzutreten. Bei den ČMKOS-Kongressen vom Mai und September 1995 wurden die Stellung der Kammern sowie ein Gesamtkonzept der Regionalpolitik verabschiedet. Die regionalen Kammern der Gewerkschaftsverbände (RKOS) unterschieden sich untereinander in ihrer Arbeitsweise und auch in der Anzahl der beteiligten Gewerkschaftsverbände. Beim zweiten ČMKOS-Kongress wurde festgehalten, dass sich manche Kammern aus drei, andere aus 22 Gewerkschaftsverbänden zusammensetzen.

Um der beabsichtigten Regionalverwaltungsreform in Tschechien mit der Einführung der Kreise (ähnlich den Bundesländern) Rechnung zu tragen, wurde beschlossen, die Struktur der regionalen Gewerkschaftsorgane auf Kreise aufzuteilen. Im Laufe des Jahres 1999 gelang es, in allen Kreisen je einen Regionalrat der Gewerkschaftsverbände (RROS) zu gründen. Dieser war bereit, mit allen Partnern zu ver-



handeln, an der Tripartitität im Verwaltungskreis teilzunehmen und andere Aufgaben wahrzunehmen.

Die Arbeit des RROS wird durch die Tätigkeit der Regionalen Rechtsberatung (RPP), die schon 1990 ihre Arbeit aufnahm, ergänzt. Die Grundsätze ihrer Tätigkeit wurden vom ČMKOS-Kongress im Dezember 1994 verabschiedet. Im Gegensatz zu den regionalen Kammern bekam die Regionale Rechtsberatung keine eigene Rechtspersönlichkeit und wurde der ČMKOS direkt unterstellt. Die ČMKOS legte auch die Anzahl der Beratungsstellen fest. Zum 1. April 2008 wurde dieses System durch die Regionalen Beratungszentren für Arbeitnehmer ersetzt.

### ČMKOS und sozialdemokratische Re- gierungen

Aus den Wahlen im Sommer 1998 ging die erste sozialdemokratische Regierung hervor. Der sogenannte Oppositionsvertrag mit der unterlegenen Demokratischen Bürgerpartei ODS schränkte die Möglichkeiten der sozialdemokratischen Minderheitsregierung stark ein. Zweifellos nahm sie sich dennoch der Sozialpolitik gewissenhaft an. Neben Premierminister Miloš Zeman bewies der Minister für Arbeit und Soziales Vladimír Špidla lebhaftes Interesse an einem breiten sozialen Dialog. Der sozialpartnerschaftliche Rat für wirtschaftlichen und sozialen Dialog (RHSD) erweiterte unter

seinem Vorsitz seine Verhandlungsgremien und tagte häufiger. Die Gewerkschaften konnten einige Maßnahmen durchsetzen wie etwa angemessene Erhöhung des Mindestlohns und des Krankengeldes, ein spürbares Wachstum der Gehälter im öffentlichen Sektor und flächendeckende Ausweitung der Kollektivverträge höheren Grades (z. B. nationale Branchenkollektivverträge).

Auch einem relativ neuen Problem konnte erfolgreich begegnet werden: In säumigen Firmen wurden wirtschaftliche Probleme als Begründung vorgeschoben, Löhne unregelmäßig oder nur teilweise ausbezahlen zu können. Wirtschaftliche Schwierigkeiten wurden schlicht auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Man ging davon aus, dass sie sich aus Angst vor dem endgültigen Verlust des Arbeitsplatzes nicht zu Wort melden würden und ihnen gar nicht in den Sinn käme, etwas gegen die Ungerechtigkeiten zu unternehmen. Die ČMKOS hielt einen Lösungsvorschlag in Form einer Gesetzesvorlage über Konkurs und Ausgleich bereit. Dabei sollten bei einer Unternehmensauflösung die Lohnforderungen der Arbeitnehmer vorrangig zu stillen sein. In einem weiteren Arbeitnehmerschutzgesetz wurde festgelegt, dass bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers die ausständigen Löhne unter bestimmten Voraussetzungen auch von den Arbeitsämtern ausbezahlt werden können.



*Solidaritätsdelegation des ÖGB zur zentralen Demonstration gegen Sozialabbau in Prag im Juni 2007.*

Am dritten ČMKOS-Kongress wurde die Führung erneuert: Als Vorsitzender folgte Milan Štěch auf Richard Falbr, neuer Vizevorsitzende wurde Pavel Skácelík (beim IV. ČMKOS-Kongress wurde das Führungstrio Štěch – Málek – Zavadil um Marcela Kubínková erweitert, nach ihrem Ausscheiden aus der ČMKOS Ende 2008 wurde sie von Vít Samek ersetzt). Nach den Parlamentswahlen im Juni zeichnete sich eine gute Zusammenarbeit zwischen der ČMKOS und der neuen Regierung, bestehend aus

den Sozialdemokraten ČSSD, der Christdemokraten-Volkspartei KDU-ČSL und der Freiheitsunion (Unie svobody) ab. Dieser Eindruck wurde nur bekräftigt, als Vladimír Špidla Ministerpräsident und der frühere Gewerkschafter Zdeněk Škromach Minister für Arbeit und Soziales wurde.

Zwischen Regierung und Gewerkschaften traten relativ rasch Unstimmigkeiten zutage. Die Regierung legte mit ihren erstarkten Koalitionspartnern die Pläne zur Reform der öffentlichen Finanzen vor, die daraufhin von den Gewerkschaften vom Tisch gefegt wurden. Die ČMKOS stellte sich zwar hinter die Forderung der Regierung, die wachsende Staatsverschuldung einzudämmen, lehnte es jedoch ab, die „Schulden für schlechte Regierungspolitik“ zu übernehmen. Sie kritisierte das Vorhaben, den Defizitabbau auf Kosten der sozialen Standards zu betreiben, ohne die Budgeteinnahmen entsprechend zu stärken. Die ČMKOS verwies auf den Rückgang der Steuerquote, auf die Budgetbelastungen durch die Transformation sowie auf Steuer- und Versicherungsflucht. Die Protestdemonstration vom Juni 2003 trug dazu bei, einige Forderungen ins Reformpaket aufzunehmen, darunter die Mindeststeuer für Unternehmer. Andere, ebenfalls versprochene Maßnahmen, wie die Einführung der Registrierkassen oder die Abschaffung der Duty free-Shops, konnten nicht durchgesetzt werden. Jedenfalls verschlechterten sich die Beziehungen zwischen den Ge-



werkschaften und der Sozialdemokratie. Letztere bekam dafür bei den darauffolgenden Wahlen die Rechnung präsentiert.

Die Parlamentswahlen vom Juni 2006 endeten im Grunde mit einer Pattsituation. Dennoch gelang es dem ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek, mit Hilfe zweier Abgeordneter, die ursprünglich als Sozialdemokraten ins Parlament eingezogen waren, eine Regierung zu bilden. Diese bestand aus der Demokratischen Bürgerpartei ODS, der Christdemokraten-Volkspartei KDU-ČSL und den Grünen (Zelení). Die Geschichte schien sich zu wiederholen, denn auch Topoláneks Regierung begann mit einer Reform der öffentlichen Finanzen. Ausgabenkürzungen wurden durch massive Steuererleichterungen flankiert und nur die Reichsten konnten davon profitieren. Ein solches Budget war geeignet, die Altersvorsorge dauerhaft zu gefährden. Massiv betroffen war das Gesundheitswesen. Das Reformpaket des zuständigen Ministers Tomáš Julínek umfasste die Einführung von Gebühren für Arztbesuche, Medikamentenrezepte und andere Vorhaben. Die möglichen Folgen seiner Maßnahmen reichten bis zur noch gefährlicheren Privatisierung von Krankenhäusern und Krankenversicherungsanstalten. Gegen seine Reform als Ganzes wurden Demonstrationen und sogar ein massiver Warnstreik abgehalten. Der Erfolg dieser Protestmaßnahmen bestand in erster Linie darin, die Gesundheitsreform des Ministers Julínek,

die etwa auch von der Karlsuniversität Prag abgelehnt wurde, in Frage zu stellen und praktisch zu stoppen.

### Erfolge und aktuelle Probleme

Zu den sichtbaren Erfolgen der ČMKOS zählt die Tatsache, dass sie allen Schwierigkeiten zum Trotz ihre Einheit und Tatkraft erhalten konnte und dass sie die tschechischen Gewerkschaften gegenüber staatlichen Organen, Arbeitgebern und BürgerInnen der Tschechischen Republik, aber auch gegenüber dem Ausland, vertreten kann. (Seit 1990 ist die ČMKOS Mitglied des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften IBFG, zunächst durch die Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsbünde ČSKOS. Seit 1995 ist sie Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB). Um für die arbeitenden Menschen, die sich an keine anderen Institution wenden können, eine wirkungsvolle Stütze zu sein, sind jedoch noch einige wesentliche Hürden zu überwinden.

Insbesondere im Vergleich zu anderen ausländischen Dachverbänden sticht die hohe Anzahl der Gewerkschaften (Ende 2009 waren es 31 Branchengewerkschaften) hervor. Die Frage der Zusammenlegung der Gewerkschaften wurde bei diversen Tagungen häufig behandelt, bis dato allerdings ohne praktische Ergebnisse. Die Interessen derart vieler Berufsgruppen, die in unterschiedlichen Unternehmen und Firmen



tätig sind, zu vereinigen, ist kein leichtes Unterfangen. Andererseits wäre es naiv zu glauben, dass allein ein Zusammenlegen in einen größeren Bund schon die Lösung des Problems wäre.

Ein weiteres Problem ist die abnehmende Mitgliederzahl. Dies ist eine eher erstaunliche Entwicklung, da gleichzeitig das Ansehen der Gewerkschaften in der Gesellschaft wächst. Bis zu einem gewissen Grad kann es durch ungeschickte Medienpräsenz und die mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften erklärt werden. In erster Linie handelt es sich jedoch um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen der Passivität und mangelnder Bereitschaft des Einzelnen, sich aktiv zu beteiligen. Gewisse Ausdrücke haben aus der kommunisti-

schen Ära Schaden genommen. Die Wörter „Solidarität“ oder „Kollektivismus“ klingen für die meisten Mitbürger, genauso wie für die meisten Gewerkschafter, hohl, meinte einmal Richard Falbr. In der Gegenwart gibt es zahlreiche Beispiele dafür, dass weiterhin Interesse an der Gewerkschaftsarbeit besteht, dass jedoch die Menschen, die eine Gewerkschaftsorganisation gründen oder darin aktiv werden wollen, gemäßregelt oder schikaniert werden. Bis jetzt konnte man dagegen nicht vorgehen, da meist Beweise fehlten. Auch zahlreiche andere Arbeitnehmer müssen unsanfte Umgangsformen, Mobbing u.ä. erdulden. Dies eröffnet ein breites Betätigungsfeld für die Gewerkschaften, die viel erreichen und sich dabei einen guten Namen machen können. ■



EGB Demonstration in Prag, 16. 5. 2009



## Bilder aus der tschechisch-österreichischen Gewerkschaftszusammenarbeit



Tschechoslowakische Gewerkschaftsdelegation zu Gast beim ÖGB (1991)



ČMKOS-Präsident Zavadil und ÖGB-Präsident Foglar bei der Feier „20 Jahre Zusammenarbeit“ (2010)



Treffen der mitteleuropäischen Gewerkschaftspräsidenten in Wien (1997)



Südmähren grüßt Österreich! Austausch zwischen GewerkschafterInnen, Projekt ZUWINS (2009)



Jugendkonferenz mit NÖ-Landeshauptmann-Stv. Josef Leitner (Juni 2010)



Tschechisch-Sprachkurs, Projekt ZUWINS (2010)



Feierliche Vertragsunterzeichnung zwischen ÖGB Niederösterreich und ČMKOS Südmähren (2006)



Branchengespräch der österreichischen und tschechischen Drucker in Tulln (2010)



Österreich-Tschechisches Frauen-Dialogcafé in Břeclav (2010)

In der Reihe Zeitgeschichte und Politik sind bisher erschienen:



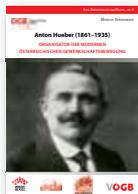
**Martina Krenn, Maria Rathgeb**  
90 Jahre Betriebsratsgesetz 1919-2009



**Marcus Strohmeier**  
Aufbruch in die Zukunft.  
Aus der Geschichte des Österreichischen Gewerkschaftsbundes



**Marcus Strohmeier**  
Lernen um zu kämpfen  
Kämpfen um zu siegen  
Josef Luitpold Stern (1886–1966)



**Marcus Strohmeier**  
Anton Hueber (1861–1935)  
Organisator der modernen österreichischen Gewerkschaftsbewegung

Bestellung im Bildungsreferat des ÖGB  
E-Mail: [bildung@oegb.at](mailto:bildung@oegb.at)

